

---

**Vorlage an den Grossen Gemeinderat** vom 26. Oktober 2004 Nr. 5226

---

Entsorgungsamt

## **Neues Abwasserreglement**

### **1 Veranlassung**

Das geltende Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement) datiert vom 28. Oktober 1986. Es wurde durch einen Nachtrag I vom 22. Dezember 1994 (cRS 1995, 133) und durch einen Nachtrag II vom 16. Januar 2001 (cRS 2001, 53) in Details geändert.

Seit dem Erlass des Gewässerschutzreglements erfuhr das übergeordnete Recht diverse Änderungen. So wurde auf Bundesebene ein neues Gewässerschutzgesetz (GSchG) geschaffen und bereits wieder mehrere Male geändert, während der Kanton ein neues Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung (GSchVG) und einen Nachtrag dazu erlassen hat. Das städtische Recht muss daher an die neuen übergeordneten Vorschriften angepasst werden. Ausserdem erwiesen sich im Vollzugsalltag mehrere Regelungen des Gewässerschutzreglements als problematisch. Schliesslich entspricht die reglementarische Zuschreibung von Schmutzwasser- und Entwässerungsgebühr nicht mehr der Kostenwahrheit. Aus diesen Gründen soll das Gewässerschutzreglement einer Gesamtrevision unterzogen werden.

### **2 Artikelweiser Kommentar**

Nachstehend werden die einzelnen Artikel des Reglementsentwurfs kommentiert und es wird aufgezeigt, in welchen Bereichen materielle Änderungen gegenüber dem geltenden Gewässerschutzreglement vorgesehen sind.



## 2.1 Allgemeine Bestimmungen

**Artikel 1:** Gemäss Art. 14 GSchVG sind die politischen Gemeinden verpflichtet, ein Abwasserreglement zu erlassen, welches die in diesem Artikel vorgesehenen Regelungsinhalte enthält.

**Artikel 2 und 3:** Das Reglement gilt unverändert für alles Abwasser, das auf dem Gebiet der Stadt anfällt, sowie für sämtliche Abwasseranlagen. Zur Übernahme von ausserhalb des städtischen Gebietes anfallendem Abwasser sollen entsprechend der bisherigen Praxis weiterhin Verträge abgeschlossen werden.

## 2.2 Öffentliche Abwasseranlagen

**Artikel 4:** Diese Bestimmung setzt übergeordnetes Recht um, insbesondere Art. 5 Gewässerschutzverordnung (SR 814.201) und Art. 5 GSchVG. Sie führt zu keiner materiellen Neuerung. Im Sinne einer Aktualisierung wird der generelle Entwässerungsplan als Grundlage erwähnt.

**Artikel 5:** Die Absätze 1 und 3 entsprechen dem geltenden Gewässerschutzreglement, Absatz 2 sieht hingegen neu das Trennsystem als Regel vor, was den Vorschriften des Gewässerschutzgesetzes entspricht. Um unverhältnismässige Investitionen zu vermeiden, bleibt das Mischsystem bei bestehenden Kanälen allerdings weitgehend erhalten.

**Artikel 6** enthält eine Haftungsbeschränkungsklausel, welche materiell dem geltenden Gewässerschutzreglement entspricht.

**Artikel 7** sieht vor, dass die Einleitung in die öffentlichen Abwasseranlagen grundsätzlich – wie bisher – durch private Anschlusskanäle erfolgt. Hin und wieder kommt es vor, dass eine Ausnahme von diesem Grundsatz bewilligt werden muss (z.B. für Fahrende oder für Reinigungswagen für Kanalisationsschächte).

## 2.3 Private Abwasseranlagen

**Artikel 8** entspricht materiell dem geltenden Gewässerschutzreglement. Abs. 1: Im Normalfall soll die private Grundeigentümerschaft die Anschlusskanäle selber erstellen, da diese ja auch in ihrem Eigentum stehen. Abs. 2: Ausserhalb der Bauzone sind die Kanäle jedoch länger und führen daher oft zu unverhältnismässigen Kosten für den Privaten. Aus diesem Grund soll die öffentliche Hand die Arbeit und einen Teil der Kosten übernehmen können. Abs. 3: Ändern die Verhältnisse, so müssen die Anschlusskanäle angepasst werden. Die



Lösung, dass dies gleich als Teil der städtischen Arbeiten erledigt wird, ist die rascheste und kostengünstigste. Abs. 4: Kontrollen gehen nicht bis ins Detail und können namentlich versteckte Mängel nicht erkennen.

**Artikel 9** regelt präziser, wie vorzugehen ist, wenn mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Abwasseranlage entwässert werden oder wenn eine private Abwasseranlage durch fremden privaten Grund geführt wird. Solche Situationen haben in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt, weil sich die Beteiligten über die Rechte und Pflichten nicht einig waren und die Lösung dieses Problems oft auf das Entsorgungsamt abzuschieben suchten.

**Artikel 10** erlaubt es der zuständigen Dienststelle, technische Massnahmen vorzuschreiben, welche – z.B. bei der Erschliessung neuer Quartiere – unverhältnismässige Investitionen in die bestehenden öffentlichen Abwasseranlagen vermeiden. Damit wird eine bisherige Praxis ins Reglement überführt.

**Artikel 11** enthält eine verfahrensmässige Präzisierung, welche weitgehend der bisher gehandhabten Praxis entspricht. Diese hat sich sehr bewährt, denn es würde zu einer nicht zumutbaren Verlängerung der Vorbereitung eines öffentlichen Bauvorhabens führen, wenn es den Privaten überlassen würde, zu prüfen, ob ihre Kanäle sanierungsbedürftig sind. Was die Kosten betrifft, so erscheint es sachgerecht, dass bei Prüfungen, die ergeben, dass keine Instandstellung nötig ist, die Stadt die Kosten der Prüfung trägt, während diese im anderen Fall der Grundeigentümerschaft auferlegt werden.

**Artikel 12:** Das Verfahren der Übernahme privater Kanäle in städtisches Eigentum wird präzisiert. Bei einer Übernahme auf Verlangen der privaten Eigentümerschaft soll entsprechend der geltenden Praxis keine Entschädigung geleistet werden. Wünscht jedoch die Stadt eine Übernahme oder muss die private Eigentümerschaft gar enteignet werden, so ist eine Entschädigung zu leisten, welche dem Marktwert der Anlage entspricht. Bei Nichteinigung ist sie durch die Schätzungskommission für Enteignungen festzusetzen.

**Artikel 13:** Die Regelung dieser Materie wird durch Art. 14 GSchVG verlangt. Aufgrund der Verhältnisse in der Stadt St.Gallen erscheint es opportun, eine allgemeine Anschlusspflicht mit Befreiungsmöglichkeit, z.B. bei unverhältnismässig hohen Kosten ausserhalb der Bauzone, vorzusehen.



## 2.4 Finanzierung

**Artikel 14** sieht vor, dass für die Abwasserbeseitigung auch weiterhin eine Spezialfinanzierung geführt wird. Auch die in Absatz 2 vorgesehene Ausnahme entspricht dem geltenden Recht. Sie ist darin begründet, dass für den Unterhalt von Bächen grundsätzlich die Anstösser gemäss Wasserbaugesetz verantwortlich sind.

**Artikel 15:** Unter dem geltenden Gewässerschutzreglement werden von der Grundeigentümerschaft Abgaben erhoben, sobald der Anschluss ihres Grundstücks an die öffentliche Kanalisation möglich ist (Flächenbeitrag) bzw. wenn ein Gebäude fertiggestellt ist (Gebäudebeitrag). Neu sollen diese erst erhoben werden, wenn der Anschluss tatsächlich erfolgt. Für diese Neuregelung gibt es mehrere Gründe:

- a Die Erhebung einer Abgabe im Zeitpunkt, in dem ein Anschluss möglich ist, kann damit begründet werden, dass das Grundstück dadurch einen wirtschaftlichen Sondervorteil erhält. Die Abgabe, die Beitrag oder Vorzugslast genannt wird, soll diesen ausgleichen. In der Praxis ist es jedoch oft vorgekommen, dass die Erhebung der Abgabe bei Personen, die noch keine Bauabsicht hatten, auf grosses Unverständnis stiess oder sogar erhebliche finanzielle Probleme zur Folge hatte. Wird die Abgabe hingegen erst erhoben, wenn der Anschluss tatsächlich erfolgt, so kann und muss die Bauherrschaft damit rechnen und sich darauf vorbereiten. Auch hat sie einen direkten, erkennbaren Gegennutzen. Daher handelt es sich bei der Abgabe in diesem Fall auch nicht mehr um einen Beitrag, sondern um eine Gebühr, genauer um eine Benutzungsgebühr für die öffentlichen Abwasseranlagen. Sie wird neu als Anschlussgebühr bezeichnet.
- b Aufgrund der in Bst. a genannten Gegebenheiten wurde die Erhebung der Anschlussbeiträge oft aufgeschoben. Dadurch bestand aber einerseits die Gefahr der Verjährung, und andererseits kam es gelegentlich zu Komplikationen im Fall von Handänderungen. Auch die eigentlich vorgesehene Anmerkung der Beitragspflicht im Grundbuch erwies sich als problematisch. Durch die Erhebung im Zeitpunkt des effektiven Anschlusses ist demgegenüber klar, dass zahlungspflichtig ist, wer in diesem Zeitpunkt als Eigentümerschaft im Grundbuch eingetragen ist. Handänderungen während einer allfälligen Stundung haben darauf keinen Einfluss, hingegen steht es den Vertragsparteien frei, im Kaufvertrag auf privatrechtlicher Basis untereinander eine andere Regelung zu treffen.
- c Gemäss Gemeindegesetz des Kantons St.Gallen muss der genaue Tarif für Beiträge im referendumspflichtigen Reglement festgesetzt werden. Bei Gebühren kann der Erlass des Tarifs demgegenüber an die Exekutive delegiert werden. Bisher wurde der Flächenbeitrag an den Zürcher Baukostenindex gekoppelt (Art. 12 Abs. 3 GSchR), um Anpassungen im Rahmen der allgemeinen Finanzierungsgrundsätze gemäss Art. 27 GSchR zu ermöglichen, ohne dass jedes Mal ein dem fakultativen Referendum unterstehender Nachtrag zum Gewässerschutzreglement nötig geworden wäre. In letzter Zeit stimmten die Veränderungen dieses Indexes nicht mehr mit der Kostenentwicklung überein. Der Flächenbeitrag musste gesenkt werden, obwohl er gemäss den Vorgaben von Art. 27 GSchR eigentlich hätte erhöht werden müssen. Das geltende Gewässerschutzreglement



enthält somit eine widersprüchliche Regelung, die bereinigt werden sollte. Wird die Abgabe hingegen als Gebühr ausgestaltet, so ist es möglich, den Erlass des Tarifs an den Stadtrat zu delegieren, der die Anpassungen vornehmen kann, welche den reglementarischen Finanzierungsgrundsätzen entsprechen.

**Artikel 16:** Die Anschlussgebühr bezieht sich auf den Anschluss von Grundstückteilen und Gebäuden. Entsprechend dieser Konzeption ist eine weitere Anschlussgebühr zu erheben, wenn ein zusätzlicher Grundstückteil oder ein weiteres Gebäude angeschlossen wird (Abs. 1). Wird ein Gebäude abgebrochen oder brennt es ab, so erscheint es sachgerecht, nur dann eine volle Gebäudegebühr zu erheben, wenn nicht innert einer Frist von fünf Jahren mit dem Neubau begonnen wird. Diese Frist entspricht einer gängigen Regelung auch in anderen Gemeinden (Abs. 2). Für den Fall, dass ein Gebäude eine wesentliche Wertvermehrung erfährt, ist eine zusätzliche Gebäudegebühr zu erheben, die sich nach der Wertvermehrung bemisst (ausgenommen sind Beiträge aufgrund denkmalpflegerischer Verpflichtungen). Dies entspricht der Konzeption einer Gebühr, die sich nach dem Gebäudewert bemisst. Andernfalls würde es einem Bauherrn freistehen, zunächst ein Gebäude geringen Werts zu bauen und seinen Wert später mit Ausbauten zu erhöhen. Diese Regelung entspricht derjenigen beim bisherigen Gebäudebeitrag (Abs. 3).

**Artikel 17:** Bei einer Handänderung soll die neue Eigentümerschaft solidarisch für noch nicht bezahlte Anschlussgebühren haften. Dadurch wird vermieden, dass die Stadt bei nicht zahlungsfähigen Bauunternehmen die Anschlussgebühr verliert.

**Artikel 18:** Es soll weiterhin eine wiederkehrende Gebühr erhoben werden, die sich nach der Menge des bezogenen Frischwassers bemisst (Schmutzwassergebühr), ungeachtet dessen, ob das Wasser von der öffentlichen oder von einer privaten Versorgung bezogen wird (Abs. 1). Neu wird für Direkteinleitungen festgesetzt, dass sich die Gebühr nach der abgeführten Abwassermenge bemisst, da in diesen Fällen oft kein oder nur sehr wenig Frischwasser bezogen wird (Abs. 2). Ebenfalls neu ist die Präzisierung, wie vorzugehen ist, wenn Wasser aus privaten Versorgungen bezogen wird (Abs. 3).

**Artikel 19:** Für Fälle, in welchen stark verschmutztes Abwasser den Betrieb der Abwasseranlagen beeinträchtigt oder Mehrkosten verursacht, sieht das geltende Gewässerschutzreglement lediglich vor, dass eine Erhöhung der Schmutzwassergebühr zu verfügen ist. Diese Regelung ist ungenügend. Naheliegend ist die Lösung, in solchen Fällen die Gebühr nach der frachtmässigen Belastung des Abwassers, kombiniert mit der Menge des abgeführten Abwassers zu bemessen, wie dies Art 18 Abs. 1 Bst. c GSchVG ausdrücklich ermöglicht. Dies bedeutet, dass die mengenbezogene Gebühr (in Franken pro Kubikmeter) mit dem gewichteten Verschmutzungsfaktor  $F_G$  multipliziert wird (dieser basiert auf der allgemein anerkannten Richtlinie „Finanzierung der Abwasserentsorgung“ des Verbands Schweizer Ab-



wasser- und Gewässerschutzfachleute und der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt des Schweizerischen Städteverbands). Die neue Regelung führt zu einer bedeutend grösseren Rechtssicherheit als die bisherige.

**Artikel 20:** Eine Herabsetzung der Schmutzwassergebühr soll neu nicht nur dann erfolgen, wenn erhebliche Mengen von Frischwasser gar nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden, sondern auch dann, wenn sie in einen Meteorwasserkanal gelangen. Dies ist darin begründet, dass das in einen Meteorwasserkanal abgeleitete Abwasser (z.B. Brunnenüberläufe) nur die Kanalisation, nicht aber die Abwasserreinigungsanlagen belastet. Die Anforderung, dass das eingeleitete Schmutzwasser nicht stärker verschmutzt sein darf als häusliches Abwasser, soll verhindern, dass Massnahmen zur Konzentrierung des Schmutzwassers getroffen werden.

**Artikel 21:** Als Bemessungsgrundlage für die wiederkehrende Gebühr für nicht verschmutztes Abwasser (Entwässerungsgebühr) gilt gemäss dem geltenden Reglement die Wassermenge, für welche die öffentlichen Kanäle in den einzelnen Zonen bemessen sind. Diese Bemessungsgrundlage ist jedoch gemäss Art. 19 GSchVG nicht mehr zulässig. Es soll daher zu der durch das kantonale Recht erlaubten Bemessungsgrundlage übergegangen werden, die der bisherigen am nächsten kommt. Dies ist der zonenspezifische Gewichtungsfaktor. Durch eine entsprechende Ausgestaltung des Gebührentarifs lässt sich sicherstellen, dass es für die einzelnen Gebührenpflichtigen gegenüber der heutigen Regelung nur zu minimalen Verschiebungen (höchstens 1 Rappen pro m<sup>2</sup>) kommt.

Ferner soll der Anwendungsbereich der Herabsetzung der Gebühr neu auch die Reduktion des Spitzenabflusses durch Retentionsmassnahmen umfassen, die über die Anforderungen hinausgehen. Dies ist gerechtfertigt, zumal in diesem Fall eine Massnahme, welche von Privaten ergriffen und finanziert wird, zu einer weitergehenden Entlastung der öffentlichen Abwasseranlagen führt.

Gemäss Art. 61 Abs. 3 Strassengesetz vom 12. Juni 1988 in der Fassung gemäss dem I-II. Nachtrag bezieht die politische Gemeinde die nach ihrem Abwasserreglement für Kantonsstrassen zweiter Klasse geschuldeten Abwassergebühren aus den nicht werkgebunden Beiträgen zu Gunsten der Spezialfinanzierung für Abwasseranlagen. Verrechnet werden kann dem Kanton nur die in diesem Nachtrag vorgesehene Pauschale. Gemäss Auskunft des Amtes für Umweltschutz ist es aber nicht erforderlich, dies im Abwasserreglement ausdrücklich vorzusehen.

**Artikel 22:** Diese Bestimmung enthält die Bemessungsgrundsätze für die Gebühren. Die Erschliessungsinvestitionen sollen neu gesamthaft durch die ordentliche Anschlussgebühr finanziert werden. Ebenfalls neu ist, dass die Aufwendungen gemäss Art. 21 Bst. b und c



des Entwurfs im Verhältnis 1:1 und nicht mehr im Verhältnis 1:2 durch die jeweiligen Gebühren finanziert werden sollen. Näheres dazu vgl. hinten Seite 8 ff.

**Artikel 23 und 24** schaffen die gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Verzugszinsen und Mahngebühren. Ausserdem wird die Verrechnung mit Gegenforderungen ausgeschlossen, was üblich ist.

**Artikel 25:** Erlasse, welche Abgaben einführen, können für diese auch die Verjährungsfristen festsetzen. Vorliegend reicht es aus, wenn auf die Bestimmungen des Steuerrechts verwiesen wird.

## **2.5      Verschiedene Bestimmungen**

**Artikel 26:** Die bisher lediglich im Vollzugsreglement vorgesehenen Bewilligungspflichten sollen zur Gewährleistung der rechtlichen Grundlage im referendumpflichtigen Reglement verankert werden.

**Artikel 27:** Die Anwendung des Reglements soll niemanden in den Ruin treiben. Daher soll der Stadtrat in Härtefällen auf Gesuch hin die Möglichkeit haben, in Grenzen von der strikten Anwendung abzuweichen bzw. Gebühren zu stunden oder zu erlassen.

**Artikel 28:** In der Strafbestimmung werden die bisherigen Höchstbeträge nicht mehr genannt. Damit gilt der allgemeine Höchstbetrag gemäss dem Strafgesetzbuch, der zurzeit Fr. 5'000.– beträgt (Art. 106 StGB).

## **2.6      Schlussbestimmungen**

**Artikel 29:** Die Kompetenzdelegation an den Stadtrat entspricht derjenigen des geltenden Gewässerschutzreglements. Entsprechend der neuen Konzeption der Abgaben, wird der Stadtrat damit in Zukunft auch die Tarife für die Anschlussgebühren festsetzen.

**Artikel 30** hebt das zu ersetzende Gewässerschutzreglement auf.

**Artikel 31** grenzt die Fälle ab, in welchen ein Konflikt zwischen dem bisherigen und dem neuen Recht vorliegt. Ist die Zahlungspflicht für einen Anschlussbeitrag vor Inkrafttreten des neuen Reglements bereits eingetreten, so wird dieser erhoben und nicht die neue Anschlussgebühr. Ferner werden aus Gründen der Rechtsgleichheit bereits bezahlte Anschlussbeiträge nach altem Recht den bereits bezahlten Anschlussgebühren nach neuem Recht gleichgestellt.



**Artikel 32 und 33** enthalten die Bestimmungen über Referendum, Genehmigung und Inkrafttreten.

### 3 Auswirkungen auf Spezialfinanzierung

Die Gesamtrevision des Abwasserreglements mit der vorgeschlagenen neuen Kostenzuordnung führt zu keinen Gebührenerhöhungen. Gemäss bestehendem Gewässerschutzreglement aus dem Jahre 1986 werden die Kosten im Bereich Gewässerschutz den Gebühren wie folgt zugeordnet:

Zuordnung:	Schmutzwassergebühr / Gebäudebeitrag wertvermehrend:	Entwässerungsgebühr:	Flächenbeitrag:	Gebäudebeitrag:
Verwaltung	2 / 3	1 / 3	-	-
Abwasserreinigungsanlagen	3 / 3	-	-	-
Kanalunterhalt	2 / 3	1 / 3	-	-
Erschliessungen	-	-	1 / 3	2 / 3

Aufgrund dieser Kostenzuordnung zu den Gebühren ist basierend auf der aktuellen Schmutzwassergebühr von Fr. 1.50/m<sup>3</sup> Frischwasser von folgender Entwicklung des Ausgleichskontos der Spezialfinanzierung Gewässerschutz auszugehen:

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schmutzwassergebühr	-3'162	-7'363	-11'654	-15'722	-20'043	-24'369
Entwässerungsgebühr	10'307	11'762	13'427	14'428	15'464	16'441
Flächenbeitrag	-2'103	-2'220	-2'454	-2'702	-2'943	-3'179
Gebäudebeitrag	7'401	8'952	9'684	10'588	11'256	11'935
Saldo Ausgleichskonto	12'443	11'131	9'033	6'592	3'734	828





Im Hinblick auf die vorliegende Gesamtrevision wurde die geltende Kostenzuordnung vertieft analysiert. Die folgende Zusammenstellung zeigt, dass eine Neuzuteilung der im Kanalnetzbetrieb anfallenden Kosten gerechtfertigt ist, insbesondere wegen der steten Zunahme des Trennsystems. Die Zahlen belegen, dass die im Kanalnetzbetrieb anfallenden Kosten gut zur Hälfte den Schmutzwassergebühren und zur anderen Hälfte den Entwässerungsgebühren anzulasten sind. Entsprechend wird vorgeschlagen, die Kosten der Verwaltung und des Kanalunterhaltes je hälftig der Schmutzwassergebühr und der Entwässerungsgebühr anzulasten.

Leitungsnetz:	Länge in km:	Anteil in %:	Betriebskostenanteil in %	Anteil zL Entwässerungsgebühr		Anteil zL Schmutzwassergebühr	
				Ant.	%	Ant.	%
- Mischwasserkanäle	209,5	69,6	55,0	1/3	18,4	2/3	36,6
- Schmutzwasserkanäle	33,6	11,2	8,8			1/1	8,8
- Meteorwasserkanäle	33,9	11,2	8,9	1/1	8,9		
- Fliessgewässer	24,0	8,0	6,3	1/1	6,3		
Total Leitungsnetz	301,0	100,0	78,9				
- Regenbecken			9,7	1/1	9,7		
- Hochwasserentlastungen			1,6	1/1	1,6		
- Pumpwerke und Düker			9,7			1/1	9,7
<b>Total</b>			<b>100.0</b>		<b>45</b>		<b>55</b>

Die neue Kostenzuordnung hat zur Folge, dass die der Schmutzwassergebühr angelasteten Kosten jährlich um rund 1,6 Millionen Franken abnehmen. Im Gegenzug erhöhen sich die der Entwässerungsgebühr angelasteten Aufwendungen um den gleichen Betrag. Als Folge der bisherigen Gebührenzuordnung entstand beim Teilkonto Schmutzwassergebühr eine steigende Unterdeckung. Sie ist zurückzuführen auf einen rückläufigen, für die Schmutzwassergebühr ertragsrelevanten Frischwasserkonsum, hohe Kapitalkosten aufgrund permanenter Investitionen in die Kanalnetzerneuerung im Umfang von CHF 6 Mio. pro Jahr (Rahmenkredit und GEP-Vorlagen) und Investitionen in die Kläranlage Au sowie höhere Betriebskosten für die Abwasserreinigung und die Klärschlamm Entsorgung.

Gemäss Art. 27 des geltenden Gewässerschutzreglements muss ein Drittel der Erschliessungsinvestitionen durch den Flächenbeitrag auf Grundstücken innerhalb der Bauzone aufgebracht werden. Zwei Drittel der Erschliessungsinvestitionen sind durch den bei Anschluss an einen öffentlichen Kanal zu entrichtenden Gebäudebeitrag zu erbringen. Diese Reglementsvorgabe war in Zeiten umfangreicher kanalisationstechnischer Neuerschliessungen sinnvoll. Zwischenzeitlich zeigt sich, dass aus Flächenbeiträgen voraussichtlich nur noch bescheidene Einnahmen zu erwarten sind. Ebenfalls nicht abschätzbar sind die zukünftigen Erträge aus nicht wertvermehrenden Gebäudebeiträgen.



Basierend auf den im Kommentar zu Art.15 des neuen Abwasserreglements genannten Gründen ist vorgesehen, den Flächenbeitrag und den Gebäudebeitrag umzuwandeln in eine Anschlussgebühr, die sich aus einer Flächegebühr und einer Gebäudegebühr zusammensetzt. Mit der Anschlussgebühr sollen insgesamt die Kosten für Erschliessungen finanziert werden. Die bisher geltenden, differenzierten Kostenzuordnungen bei den Erschliessungen entfallen. Anpassungen beim Gebührenniveau sind nicht erforderlich; Bemessungsgrundlage und Höhe der Flächen- und Gebäudegebühr bleiben unverändert.

Entsprechend diesen Ausführungen wird folgende neue Kostenzuordnung (Art. 22 Abwasserreglement) vorgeschlagen:

Zuordnung:	Schmutzwassergebühr / Gebäudegebühr wertvermehrend:	Entwässerungsgebühr:	Anschlussgebühr (Flächen- und Gebäudegebühr):
Verwaltung	1 / 2	1 / 2	-
Abwasserreinigungsanlagen	1 / 1	-	-
Kanalunterhalt	1 / 2	1 / 2	-
Erschliessungen	-	-	1 / 1

Mit dieser neuen Kostenzuordnung ist von folgender Entwicklung der Spezialfinanzierung Gewässerschutz auszugehen:

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Schmutzwassergebühr	-3'162	-7'363	-9'986	-12'354	-14'943	-17'508
Entwässerungsgebühr	10'307	11'762	11'759	11'060	10'364	9'580
Flächenbeitrag	-2'103					
Gebäudebeitrag	7'401					
Anschlussgebühr		6'732	7'230	7'886	8'312	8'756
Saldo Ausgleichskonto	12'443	11'131	9'003	6'592	3'734	828



Mit der neuen sachgerechteren Kostenzuordnung wird die defizitäre Entwicklung bei der Schmutzwassergebühr zwar nicht bereinigt, die negative Entwicklung wird jedoch abgeschwächt. Aufgrund der Entwicklung des Saldos des Ausgleichskonto ist im Jahr 2007 mit einer Erhöhung der Schmutzwassergebühr zu rechnen.

#### **4        Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird ein Abwasserreglement gemäss Beilage erlassen.
2. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 7 Ziff. 1 Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Entwurf Abwasserreglement

